

# Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig  
Bei Zeitungsabnehmern und in allen Klotten erhältlich

**Tageszeitung der KPD. / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostfachsen**  
Beilagen: Der Rote Stern, Die Kommunistin, Der kommunistische Gewerkschafter, Der kommunistische Genosschafter, Wirtschaftliche Rundschau, Kunst und Wissen

Zeitungspreis für den Monat (mit Haus 2 RM., halbmöndlich 1 RM.); durch die Post bezogen monatlich 2 RM., (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: „Arbeiterstimme“, Dresden-L. / Geschäftsstelle und Expedition: 2. Dölln. / Fernsprech-Gesellschaft 14191 / Postfach Dresden Nr. 13.553, Emil Schlegel-Schillingstr. / Dresden-L. / Fernsprech: Amt Dresden Nr. 17.259 / Drahtanschrift: „Arbeiterstimme“ Dresden / Sperrstunden der Redaktion: Wochentags 4-6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

2. Jahrgang Montag, den 30. August 1926 Nummer 190

## Geßlers korrupte Reichswehr Tiefenunterschleife durch hohe Reichswehroffiziere

Berlin, 30. August. (Eigener Drahtbericht.) Geßler ist ein Mann, der dem Reichs- und dem preussischen Staatsministerium, den Mitgliedern des Reichstages, sowie den Staatsanwaltschaften ein Denkmal der bekannsten Schrittmacher Verbrechen gesetzt hat. Er hat sich als ein Mann von unermesslicher Energie und als ein Mann von unermesslicher Korruption erwiesen. Die den Reichswehr unterstellten Korruptionsverbrechen bei der Reichswehr enthält. Danach haben Offiziere der Wehrmacht und besonders angelegte Ziviloffiziere Munitionsvorräte, Geräte, Material, Kraftfahrzeuge, Flugzeugapparate und sonstige optische Geräte aller Art in eigens eingerichteten Depots aufgestellt. Die Kenntnis des Reichswehrministeriums seien besondere Schenkungsgegenstände gegeben worden. Mit der Gründung und Führung der Reichswehr sei ein gewisser Dr. Koller beauftragt worden. Die Offiziere erhielten hohe Provisionen. Das Oberlandesgericht Königsberg, das bereits Mitteilung über diese Dinge erhielt, bezeichnete sie als erlogen. Ein Offizier, der in die Affäre verwickelt ist, verunglückte an eigenhändiger Weise bei einer Jagd tödlich. Die Denkschrift behauptet, daß er aus Furcht vor der Aufklärung der Korruptionsverbrechen Selbstmord verübt habe.

Der „Montag Morgen“ veröffentlicht heute eine Reihe von Einzelheiten aus dieser Denkschrift. Der „Montag Morgen“ schreibt dazu, daß zu den Mitbegründern und „Geschäftsführern“ neben einem gewissen Dr. Koller, einem Zivilingenieur des Reichswehrministeriums und persönlichen Freunde des Ministers Geßler, sowie dem Freund des Ministers Dr. Otto v. Guthmann aus München, auch der als politischer Hochstapler bekanntgewordene Hauptmann a. D. Gilbert gehörte. Zwischen der Geßler-Geßler (Geßler) und mit Mitteln des Reichswehrministeriums auf verschiedenen Gebieten in Königsberg zur Erleichterung von Verstehergelegenheiten gegründet wurde und der Ostpreussischen Kameradschaft einmündete sich ein Geschäftsviertel, das in nächster Nähe für die Firma außerordentlich lohnenden Verkehrs von Heeresgut führte.

Alle die beteiligten Offiziere hohe Provisionen erhielten. Infolge der Ostpreussischen Kameradschaft 18.000 Stück Granaten, späterhin einen umfangreichen Vorrat Drehschießmaschinen, Krähmaschinen und Kerosinverbraucher wie auch Granaten, Pulver in großen Quantitäten und Autos wurden unter andern an die Firma Karl Bauer u. Co. in Königsberg verkauft. Weiter alle diese Schieberen und die dabei an die Offiziere erhaltenen hohen Provisionen war der Generalstabsoffizier der Königsberg, Hauptmann Piese unterrichtet. Der Herr Hauptmann hat die Gewinne, die er aus diesen und anderen Schiebergelegenheiten machte, im Auslande angelegt und unter falschen Namen in ein ausländisches Bankkonto. Dies geht aus einem Memorandum hervor, das der wegen Landesverrats angeklagte, dann aber noch einjähriger Untersuchungshaft freigesprochene Major Kiefer am 16. Ja-

nuar 1926 dem preussischen Innenminister überreichte und von dem eine Abschrift auch dem Reichswehrministerium lag. In dem Landesverratsprotokoll gegen Kiefer, den man nach berühmtem Muster zu vernichten suchte, weil er die Schiebergelegenheiten seiner Kameraden hatte aufdecken wollen, spielte ein Gutachten des Reichswehrministeriums eine gewisse Rolle. Dieses, unter Sachverständigen abgegebene Gutachten wurde vom Oberlandesgericht zu Königsberg in dem Prozeß am 17. November 1924 — selbstverständlich ohne unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt —, als „erlogen“ bezeichnet.

Sein Verfasser war aber jener Königsberger Hauptmann Piese, der heute noch, inzwischen zum Major avanciert, als erster Generalstabsoffizier im Generalstab der 1. Division in Königsberg ist.

Ein weiterer Zivilingenieur des Ministeriums, ein Herr Engelmann, beschwor im dem Prozeß, daß er Kiefer im Auftrag des Reichswehrministeriums betrogen habe, um ihn zur Strecke zu bringen. Engelmann hat auch unter seinem Eide zugeben müssen, daß er mehrfach geäußert habe, er und Koller hätten

die Haushalte von Geßler und Coetz mit billigen Lebensmitteln versorgt.

Die Herren des Reichswehrministeriums vollständig in der Tasche. Der Oberleutnant a. D. Lubitz ist wenige Tage nach dem am 16. Januar 1926 erfolgten Verbrechen der Denkschrift an Geßler in der Jagd tödlich verunglückt. Zwei Tage nach der Verbrechen der Denkschrift wurde auch der Oberleutnant a. D. Lubitz, Generalleutnant Witzbocher, am Bergschlag. Der „Montag Morgen“ nimmt an, daß er aus Furcht vor einem Skandal, seinem Leben mit Personal ein Ende gesetzt habe.

Die Korruption in der „republikanischen Reichswehr“ des Herrn Geßler kühlt zum Himmel. Man darf darauf rechnen sein, ob sich nun Herr Geßler endlich bequemt, zu diesen ungeheuren Anklagen der Schriftsteller Lehmann-Ruhhöft und Westens Stellung zu nehmen. Bekanntlich hat die „Welt am Abend“ schon viel früher die Behauptung aufgestellt, daß Reichswehrgeheimnisse in der Reichswehr verwendet worden sind. Während jetzt der Staatsanwalt sofort zum Eingreifen gegen die Arbeiterpresse bereit ist, weigerte sich damals Geßler ausdrücklich, gegen die „Welt am Abend“ vorzugehen, angeblich deshalb, um die Zeitung nicht zu interessieren zu machen. Geßler schwieg auch, als die Waffenlieferungen durch die Staatsanwaltschaft und Gerichte festgestellt wurden. Die Denkschrift Lehmann-Ruhhöft hat nun erneut den Reichswehrskandal auf und kennzeichnet damit die ganze Korruption der herrschenden Gesellschaft, die nicht nur die Steuermittel zur Finanzierung der schwarzen Listen der Kontrezevolution verwendet, sondern eine gewaltige Klasse mit Schmeicheleien bereichert.

## Die Zuspitzung des Bergarbeiterkampfes

Der Kampf der Bergarbeiter ist jetzt an seinem entscheidenden Punkt angelangt. Der Versuch der Führer der Bergarbeiter, den Kampf durch ein Kompromiß zum Abbruch zu bringen, ist von den Bergwerkseigenern zurückgewiesen worden. Die Zustimmung der Bergarbeiter hat ihren unangehörigen Charakter gezeigt, jeden Vorschlag aus Unterwerfung zurückzuweisen, und trotz ihrer eigenen Leiden und der Delegation der anderen Gewerkschaften sind sie entschlossen, bis zum äußersten zu kämpfen, solange sie kämpfen können. Jetzt gibt es keine Alternative für die Führer der Bergarbeiter und für die ganze Arbeiterklasse, als ihre ganze Kraft ohne Reserve in den bevorstehenden Tagen in den Kampf zu werfen, wenn sie nicht wollen, daß der Kampf mit einer kurzfristigen Niederlage endet.

Die erste Frage, um die es sich jetzt dreht, ist die Vollstreckung der Forderungen der Bergarbeiter durch die Arbeitgeber. Seit Mitte Juli, als das Memorandum der Bischöfe von der Bergarbeiter-Exekutive angenommen wurde, haben die Führer der Bergarbeiter immer heftiger ihren Unwillen an der Möglichkeit des Sieges ausgedrückt und den Wunsch geäußert, den Kampf durch ein Kompromiß zu regeln, indem sie die ursprünglichen Bedingungen aufgaben. Sie haben für dieses Kompromiß unter den Bergarbeitern Propaganda getrieben und auch gegen jene polemisiert, die bei den ursprünglichen Bedingungen beharrten und den Kampf fortzusetzen wünschten.

Aber dieses Nachlassen und der Wunsch nach einem Kompromiß kam nur von den Führern der Bergarbeiter und nicht von den Bergarbeitern. Das Memorandum der Bischöfe nahm den Samuel-Peter als richtig an und wollte als Gegenleistung für die Aufrechterhaltung des Streikunterbotes und eines Jahres, der den Status quo für vier Monate aufrechterhalten sollte, die Bestimmung der Löhne nach dem Zwangsindexgesetz überlassen. Die Annahme des Memorandums der Bischöfe war also eine vollständige Preisgabe der ursprünglichen Forderungen. Keiner kann weniger Lohn, keine Gebühre mehr Arbeit! Dieser neue Schachzug hatte sofortige Proteste der Arbeiterorganisationen von South Wales und Durham zur Folge. Eine Reichskonferenz wurde zusammenberufen, die mit nur ganz geringer Mehrheit ein Mißtrauensvotum gegen die Exekutive einstimmig beschloß. Die Exekutive verlor die Zustimmung in diesem Votum. Die Exekutive verlor, aber nach diesem Druck konnte sie nur ein Memorandum zu erhalten, aber nach diesem Druck stimmten sie einen Beschluß zu, daß die Bischöfe die Annahme empfahl. Die Zustimmung ergab dann die vollständige Zurückweisung des neuen Memorandums. Trotz ihrer Niederlage wollte die Exekutive in einer neuerlichen Delegiertenkonferenz am 16. und 17. August die Bewilligung erzwingen, Verhandlungen einzugehen, und nach langer Debatte wurde ihr diese Bewilligung mit geringer Majorität auch gegeben.

Dah man überhaupt einen solchen Vorschlag in Betracht zog, war nur auf den Einfluß der Führer, besonders von Smith und Coetz, die früher einen unangenehmen Standpunkt eingenommen hatten, zurückzuführen. Was hat die Bergarbeiterführer zu diesem Wandel ihrer Politik gebracht? Erstens die Furcht, daß die Bergarbeiter ohne die Unterstützung der anderen Arbeiter nicht gewinnen können, wozu noch kommt, das ausländische Kohle ungehindert eingeführt wird. Zweitens die Ansicht, daß das Memorandum der Bischöfe die öffentliche Meinung beeinflussen wird. Drittens die Ansicht, daß der Achtstundentag und der Wunsch, den Streikunterbot zu beenden, ein Uebereinkommen für das ganze Land zu retten, liegt auf den Köpfen der Führer. Viertens die Ansicht, daß eine Parteilung des Kampfes den Abfall einzelner Bergarbeiter und ganzer Gruppen und den Zusammenbruch der Gewerkschaften herbeiführen würde. In Wirklichkeit hat diese Politik der Bergarbeiterführer nur die Folge gehabt, daß die Reihen der Bergarbeiter geschwächt und verwirrt und der Feind ermuntert wurde, ohne daß die Lösung leicht näher liegt.

In erster Linie haben die den Kampfwilligen der Bergarbeiter unterlassen und haben Meinungsverschiedenheiten aufkommen lassen, wo früher Einheit war, eine Einheit, die weder von der Regierung, noch von den Grundbesitzern, weder von der Presse, noch von der Kirche, der Labour Party oder dem Generalrat getrieben werden konnte, sondern nur von den Bergarbeiterführern allein. In zweiter Linie haben die Bergarbeiterführer über eine Niederlage zu sprechen begonnen, lange bevor sie alle Möglichkeiten des Kampfes erschöpft hatten; nicht nur, daß man die Sicherungsmannschaften in den Bergwerken nicht zurückgelassen hätte, hätten sie die Bergarbeiterführer durch den unglücklichen Fakt des Schweigens mit dem Generalrat gebunden und sich so jeder Möglichkeit beraubt, direkt über die Köpfe des Generalrates an die Arbeiter zu appellieren, ihnen zu Hilfe zu kommen. Schließlich sogar, wenn der Punkt erreicht wäre, wo eine Niederlage unerbittlich war, so war die Taktik der Bergarbeiterführer doch unrichtig. Untere die Lage frei ins Auge zu fassen und sich für eine vorübergehende Unterwerfung unter überlegene Kräfte einzulassen und allein als eine Gewerkschaft einzutreten, mit der notwendigen Vorbereitung getroffen und zu kämpfen, sobald die notwendige Vorbereitung getroffen und eine härtere Unterstützung geklärt wäre, begannen die Bergarbeiterführer die Verwirrung in die Reihen der Arbeiter zu tragen, indem sie die Annahme des Memorandums der Bischöfe empfahlen. Diese Verleugnung ihrer früheren Propaganda spielte direkt den Führern des rechten Flügels in die Hände. Diese besaßen sich, sofort zu erklären, daß jetzt die Bergarbeiterführer denselben Standpunkt einnehmen, den sie (die Führer des rechten Flügels) bereits vor 15 Wochen eingenommen hatten. Wollte man den rechten Flügel für eine eventuelle Niederlage verantwortlich gemacht hätte, konnten sie jetzt die Rechte an ihre „rechten“ Führer aufteilen, weil die Bergarbeiterführer gegen in ihre Phrasologie hineingefallen waren.

Angeht die obigen Betrachtungen und angesichts der wirklichen Kampfverhältnisse, im Falle einer Parteilung, war

## Schiedspruch im Ruhrbergbau angenommen

Wie das RWB aus Essen meldet, ist der Schiedspruch für den Ruhrbergbau durch die Arbeitnehmer angenommen worden. Die Annahme des Schiedspruches durch die Gewerkschaften ist ein doppelter Erfolg. Zunächst werden dadurch die Forderungen der Bergarbeiter, die eine mindestens 20prozentige Löhnerhöhung verlangten, preisgegeben. Gleichzeitig werden auch die Verhandlungen um 80 Pf. Andererseits ist die Annahme des Schiedspruches ein Schritt in den Reihen der Arbeitnehmer, die den englischen Bergarbeitern.

Die Annahme des Schiedspruches durch die Verhandlungskomitee hat nunmehr, nachdem die Unternehmer aus tatsächlichen Erwägungen heraus den Schiedspruch abgelehnt haben, Verhandlungsbereitschaften vor dem Reichsarbeitsministerium zur Folge. Es besteht kein Zweifel darüber, daß die Reichsregierung in der Angelegenheit der Grubenbarone aus Rücksicht auf die Arbeiter und Arbeitsbedingungen der Ruhrbergarbeiter bis zum April des nächsten Jahres festgelegt werden. Gegen diese reformistische Taktik müssen die Bergarbeiter an der Ruhr und in allen anderen Revieren mit aller Entschiedenheit Stellung nehmen. Sie müssen auf ihren Lohnforderungen bestehen bleiben und die sofortige Kündigung des Arbeitsabkommens durchsetzen. Die erste Antwort muß die Verwerfung jeder Ueberlistung sein.

## Ueberlistungen abgelehnt!

Essen, 28. August. (Eigener Bericht.) Die Zehnerverwaltung von Friedrich Heinrich 1-2 in Düsseldorf versuchte das Ueberlistungsrecht einzuführen, monach jedes Revier in der Woche dreimal eine Spezial Ueberlistung veranlassen soll. Die Belegschaft lehnte das jedoch ab, weil sie den englischen Bergarbeitern nicht in den Rücken fallen wollte. Die unverkündeten Forderungen der Zehnerverwaltung werden nicht mehr und nicht weniger als den Versuch einer planmäßigen und dauernden Verlängerung der Arbeitszeit. Die Kumpel von Friedrich Heinrich 1-2 haben die einzig mögliche Antwort gegeben, und die Beantwortung ihrer Antwort ist ein Beweis ihres vorbildlichen Selbstbewusstseins.

## Der Feldzug gegen den Roten Frontkämpfer-Bund

Eine Erklärung der Bundesleitung des RWB. Wie bereits mitgeteilt, wurde durch den preussischen Minister des Innern mit Zustimmung der Reichsregierung die Ortsgruppe Hindenburg des Roten Frontkämpfer-Bundes auf Grund des Gesetzes zur Durchführung der Artikel 177 und 178 des Friedensvertrages aufgelöst. In dieser unerhörten Prozedur Erwerbs, die nichts anderes darstellt, als den ersten Erfolg der systematisch geführten Verboisung, veröffentlichte nachher die Bundesleitung des Roten Frontkämpfer-Bundes folgende Erklärung:

Nach Mitteilung des amtlichen preussischen Pressedirektors ist die Ortsgruppe Hindenburg des RWB wegen Verstoßes gegen Artikel 177 und 178 des Friedensvertrages aufgelöst worden. Wir nehmen darauf, daß wir auf Grund unseres Statutes jede politische Bewaffnung und militärische Ausbildung unserer Mitglieder ablehnen. Nachweisbar sind Kameraden, die gegen diesen Punkt unseres Statutes verstoßen haben, in jedem uns bekannt gewordenen Fall ausgeschlossen worden. Die Auflösung der Ortsgruppe Hindenburg ist nur als Einleitung zu dem geplanten Verbot des RWB zu verstehen. Das unlängst veröffentlichte Geheimrundschreiben des Thüringischen Innenministeriums, nach dem der RWB eine geheime Bewaffnung vor sich gehen soll, ist antichristlich auf fruchtbaren Boden gefallen. In Halle haben sich anlässlich einer Hausung im Gewerkschaftsamt des RWB zwei Polizeiposten der Gausleitung Waffen zum Kauf angeboten. Wahrscheinlich haben auch im Fall Hindenburg Polizeiposten die Hände im Spiele. Es ist kein Zufall, daß der Regierungspräsident von Oppeln in Schlesien einen für den 28. und 29. August in Groß-Streitz geplanten „Roten Tag“ verboten hat. Dieses Verbot und die Auflösung der Ortsgruppe Hindenburg des RWB mit die intensive Verboisung in den letzten Monaten gegen den RWB, die in den letzten Tagen etwas nachgelassen hat, war gedacht als die Vorbereitung der öffentlichen Meinung für das Verbot des RWB. Die wiederholte Verboisung für das Verbot des RWB war ein weiterer Schritt auf dem Wege zum geplanten Verbot des RWB. Der RWB soll dem RWB durch eine inlame Spaltung gegeben werden. Wir fordern alle unsere Kameraden auf, ihre Augen offen zu halten gegen alle Unrechtmäßigkeit und verdächtige Elemente in unseren Reihen. Propaganda und verdächtige und verbotene Werke für öffentliche Aufklärung aller Kameraden und verbotene Werke für den RWB muß die Antwort auf die Verboisung und auf die Spaltung unserer Kameraden sein.



















